

Ltd. KBD Dr. Hoffmann führte aus, dass in der letzten Ausschusssitzung die Belastungen der Bröl sowie deren Ursachen dargestellt wurden. Die vorhandenen Missstände würden durch das Amt für Technischen Umweltschutz sukzessive und nach der Prioritätenlisten des Lands abgearbeitet. Erste ordnungsbehördliche Verfahren seien eingeleitet. Im Rahmen der personellen Möglichkeiten werde derzeit ein praktischer wie auch finanziell möglicher Lösungsansatz in kooperativer Weise gesucht. Sowohl die Landwirtschaftskammer als auch der Aggerverband unterstützten diese Bemühungen. Es werde z. Zt. geprüft, ob über eine ELER-Förderung die Situation entschärft werden könne. Hierbei handele es sich um ein Förderprogramm des Europäischen Landwirtschaftsfonds mit einer Förderhöhe von 60 – 80 %. Der verbleibende Eigenanteil von ca. 10.000 EUR könne nur mit Zustimmung der politischen Gremien sowie Zustimmung der eingerichteten Sparkommission bereitgestellt werden.

SkB Langer begrüßte den vorgestellten kooperativen Lösungsansatz. In Bezug auf eine ELER-Förderung sei eine Gegenüberstellung der Fördermaßnahmen zu möglichen ordnungsbehördlichen Maßnahmen erforderlich.

SkB Dr. Boehm begrüßte ebenfalls die Planungen der Verwaltung. Zudem bat er um Auskunft über evt. entstehende Folgekosten.

Ltd. KBD Dr. Hoffmann stellte klar, dass mittels des angestrebten Projektes zuerst die bestehenden Missstände reguliert würden. Ob Folgekosten entstünden könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

Abg. Anschütz wies darauf hin, dass bei geplanten Maßnahmen auch die Auswirkungen auf die heimische Tierwelt betrachtet werden müsse. Biodiversität müsse gewährleistet werden. Insofern dürfe nicht nur die Wasserrahmenrichtlinie maßgebend sein.

Ltd. KBD Dr. Hoffmann bestätigte, dass im Rahmen dieses Pilotprojekt ein möglichst naturnahes Ergebnis angestrebt werde.

Abg. Albrecht begrüßte die Darstellung der Verwaltung. Er sprach sich ebenfalls für einen kooperativen Lösungsweg aus. Jedoch müsse bei extremen Verstößen gegen geltendes Recht die Verwaltung mit entsprechenden ordnungsbehördlichen Maßnahmen tätig werden.

Der Vorsitzende Abg. Smielick stellte fest, dass der Ausschuss den vorgestellten kooperativen Lösungsansatz begrüße. Weitere Beratungen in Bezug auf konkrete Maßnahme und ihre Finanzierbarkeit stünden noch aus.